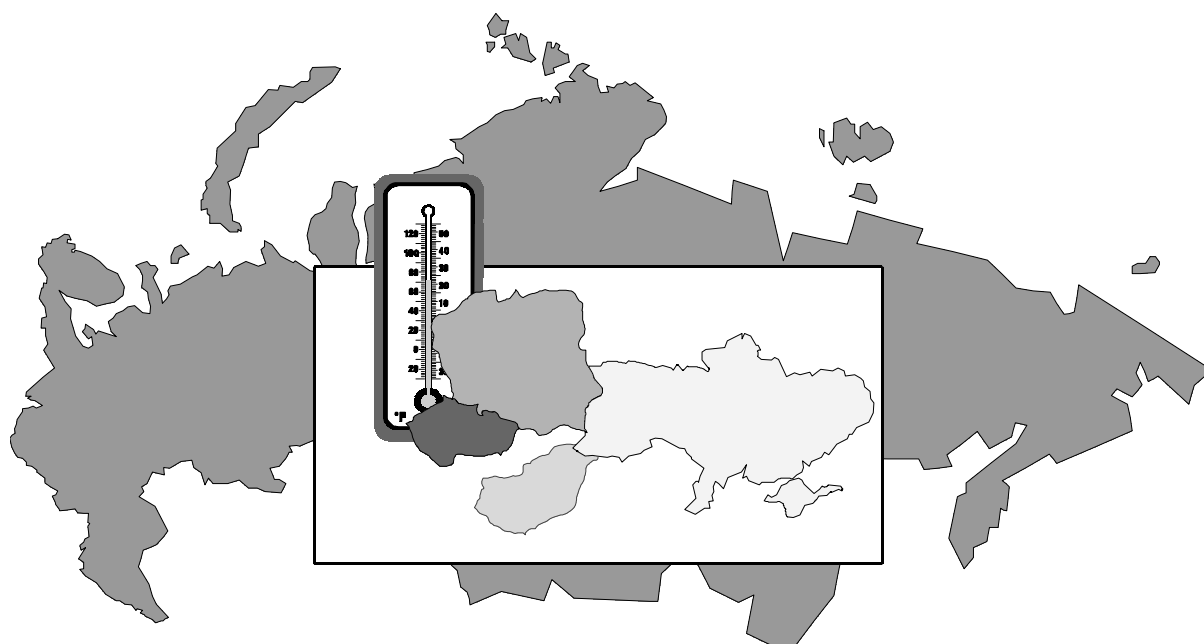


TRANSFORMATIONSBAROMETER OSTEUROPA 2001

- Kurzfassung -



Arbeitspapiere zur Transformationsforschung der
Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V.
Nr. 9

Köln, Oktober 2001

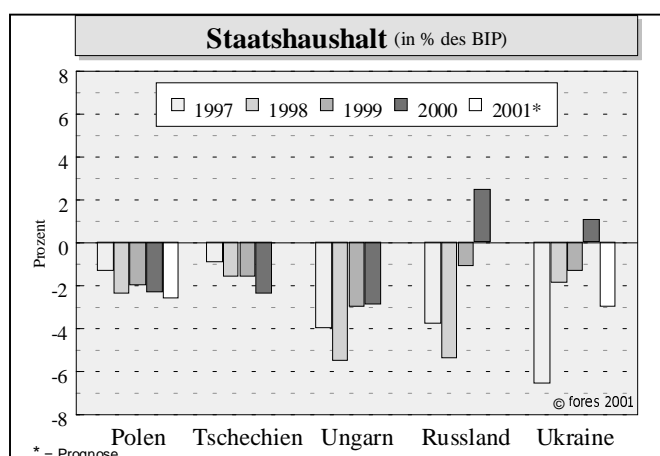
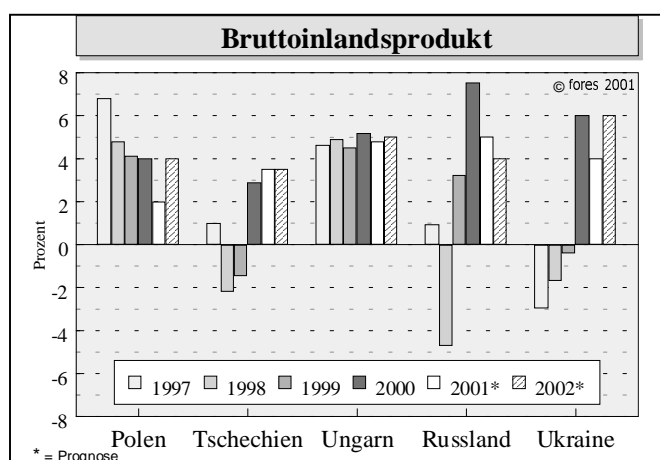
Polen, Tschechien und Ungarn bereiten sich nach einem Jahrzehnt des Reformprozesses auf die Aufnahme in die Europäische Union vor. Obwohl die Bevölkerung in den Kandidatenländern weitgehend realistische Erwartungen an die Mitgliedschaft knüpft, ist die Unterstützung für die Beitrittsbestrebungen hoch. In Russland und in der Ukraine stehen dagegen trotz wirtschaftlicher Erholung immer noch wichtige Reformschritte aus. Während Russland auf Putins Handlungsfähigkeit vertraut, klagt die ukrainische Bevölkerung weiterhin über die Reformen, über soziale Ungerechtigkeit und die weit verbreitete Korruption.

Das *Transformationsbarometer Osteuropa (TBO)* der *Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V., Köln*, untersucht jährlich, wie sich die Transformationsprozesse in ausgewählten Reformstaaten Mittel- und Osteuropas - gemessen an objektiven und subjektiven Indikatoren - entwickeln; die Analysen umfassen seit 1997 Polen, Tschechien, Ungarn und Russland sowie seit 2000 auch die Ukraine. Gefördert wird das TBO von der *Otto Wolff-Stiftung* und der *Margarete und Johann Ley-Stiftung*.

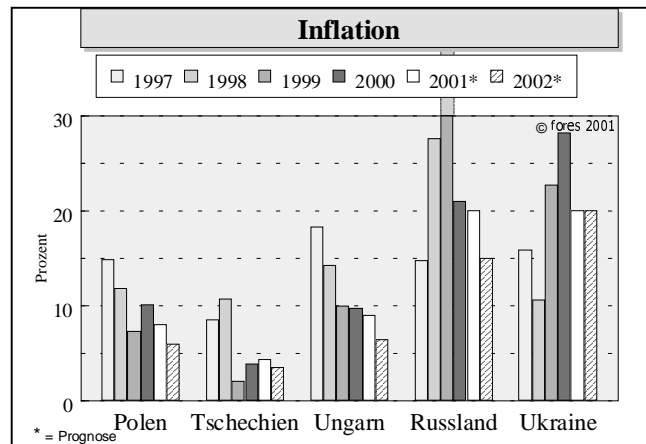
Positive Wirtschaftstrends

Polen ist im Jahr 2000 auf einen stabilen Wachstumspfad zurückgekehrt. Der inländische Konsum blieb neben der günstigen Produktionsentwicklung in der Industrie wichtigster Wachstumsmotor, doch auch die Exporte konnten von der guten Konjunktur im Euro-Raum profitieren. Trotz dieser überwiegend positiven Entwicklung ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiterhin angespannt und dürfte angesichts der laufenden Umstrukturierungen in der Landwirtschaft, im Bergbau und in der Stahlindustrie auch in den nächsten Jahren problematisch bleiben. Eine Reihe strittiger Fragen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt wartet noch auf Klärung; der für 2003 anvisierte Beitrittstermin wurde daher noch einmal verschoben.

Die *tschechische* Volkswirtschaft konnte sich 2000 erstmals aus ihrer Rezession befreien, die drei Jahre währte. Getragen vom heimischen Konsum und einer positiven Exportentwicklung erlebte das Land bei geringer Inflationsgefahr eine vorsichtige wirtschaftliche Erholung und einen leichten Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Ob der Konjunkturaufschwung von Dauer sein wird, hängt entscheidend vom Erfolg der laufenden Bankensanierung und -privatisierung sowie der konsequenten Umstrukturierung der Industrie ab.

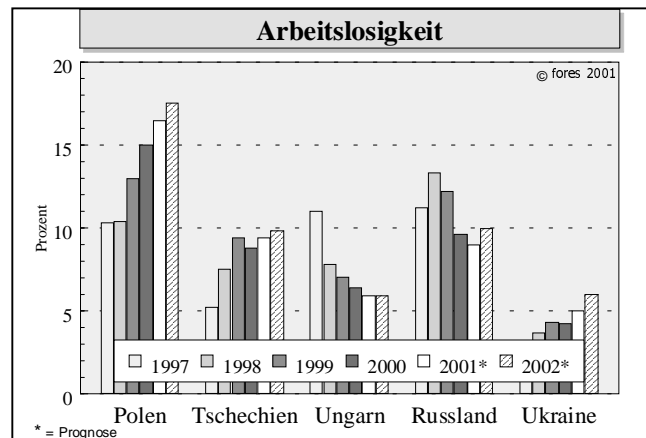


Ungarn bleibt hinsichtlich der Wachstums- und Außenhandelsentwicklung sowie der Senkung der Arbeitslosigkeit Spitzenreiter unter den TBO-Staaten. Eine konsequente Durchführung von Reformen auf makroökonomischer Ebene und die überdurchschnittlich hohe Einbindung ausländischen Kapitals im Zuge des Transformationsprozesses zahlen sich seit längerem aus. Lediglich bei der Inflationsbekämpfung ist das Land bisher wenig erfolgreich. Dies ändert jedoch nichts daran, dass Ungarn in der Runde der EU-Beitrittskandidaten unverändert an erster Stelle steht.

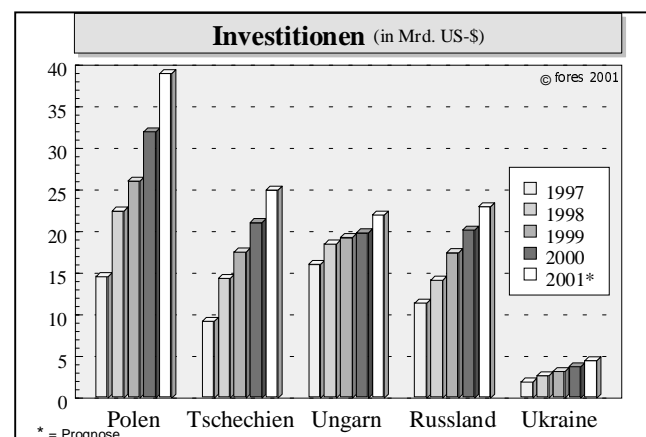


der EU-Beitrittskandidaten unverändert an erster Stelle steht.

Dank einer lebhaften Ausfuhr und hoher Zuwachsraten in einzelnen Industriezweigen zeichnet sich nach einer fast zehnjährigen Durststrecke seit zwei Jahren eine Konsolidierung der russischen Wirtschaft ab. Trotz der anhaltend problematischen Rahmenbedingungen entwickelten sich die Investitionen erfreulich. Der Arbeitsmarkt profitierte von der konjunkturellen Erholung, und auch die Inflation pendelte sich auf einem akzeptablen Niveau ein. Um das Wirtschaftswachstum in Zukunft auf ein solides Fundament zu stellen und unabhängiger zu machen von externen Einflüssen, sind weitreichende Strukturreformen dringend erforderlich. Obwohl die Regierung Putin eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet hat, blieb die Reformpolitik im Bereich der Wirtschaft bisher Stückwerk.

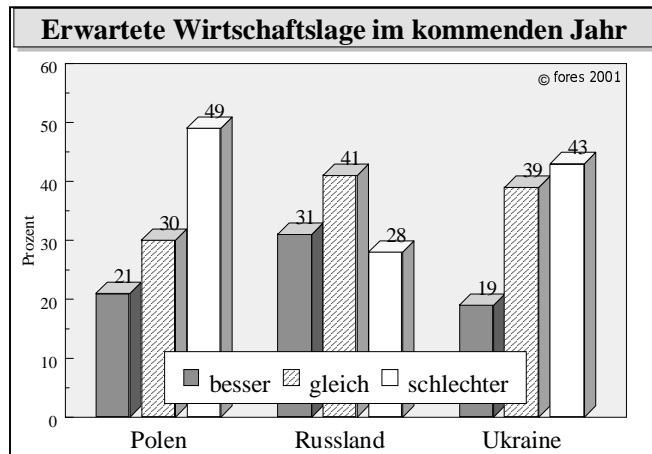


Erstmals seit ihrer staatlichen Unabhängigkeit konnte die Ukraine im Jahr 2000 ein reales Wirtschaftswachstum verzeichnen, das im Wesentlichen von der Industrie getragen wurde. Die guten Ergebnisse im Außenhandel und bei der Investitionsentwicklung können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der konjunkturelle Aufschwung des Landes auf unsicheren Beinen steht. Die Inflation fiel höher aus als erwartet, und das von der inzwischen abgesetzten Regierung Juschtschenko verabschiedete Reformpaket wurde bisher nur in Ansätzen umgesetzt. Ob sich das Land aus dem lange währenden Reformstau befreien kann, hängt heute mehr denn je von der Politik der neuen Regierung ab.

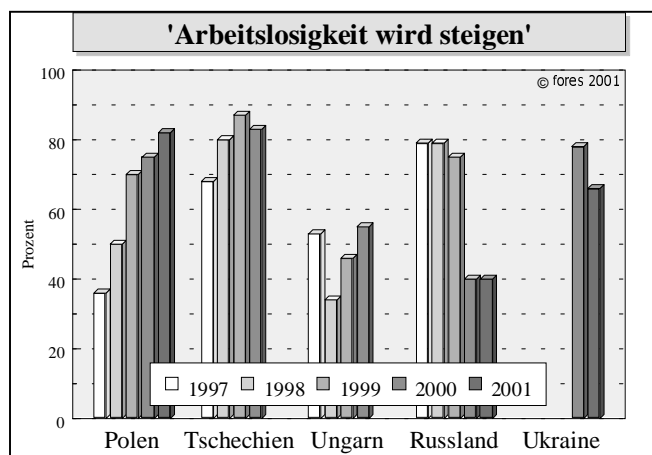


Wirtschaftsklima: Verbesserung in Russland - Verschlechterung in Polen

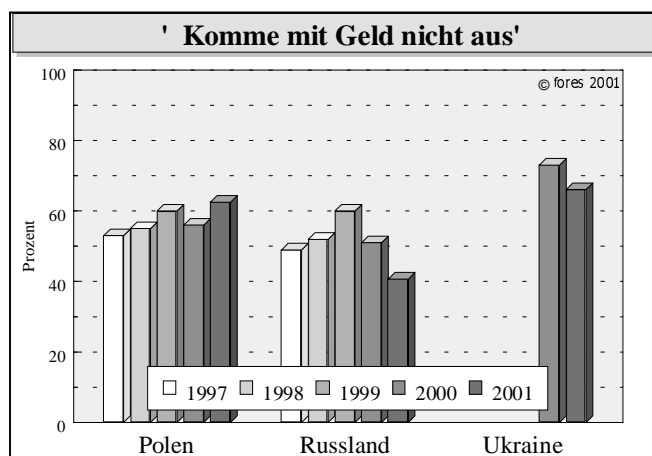
Die derzeitige Wirtschaftslage wird recht unterschiedlich bewertet. Während in Polen das Urteil sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft schlecht ausfällt, halten sich positive und negative Einschätzung der Befragten in Russland erstmals seit der Krise von 1998 annähernd die Waage. Auch in der Ukraine ist ein leichter Stimmungsaufschwung zu verzeichnen, obwohl viele Bürger nach wie vor eine Verschlechterung der Wirtschaftslage in der nahen Zukunft befürchten.



Während die Sorge vor einem weiteren allgemeinen Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Russland und in der Ukraine nachlässt, hat sie in Polen sogar noch zugenommen. Jedoch ist der Anteil derer, die den eigenen Arbeitsplatz bedroht sehen, in Russland und in der Ukraine mit 58 bzw. 55% deutlich höher als in Polen (36%). Die faktisch rückläufigen Inflationsraten dringen nur langsam in das Bewusstsein der Menschen vor: vor allem in Russland, aber auch in Polen rechnen die Menschen mit weiteren Preissteigerungen.

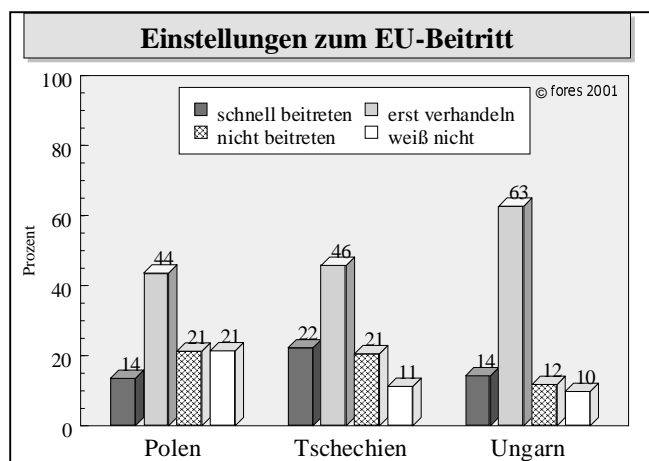


Die Lage der privaten Haushalte ist am schlimmsten in der Ukraine. Für zwei Drittel der Bevölkerung reicht das Geld nicht zur Deckung des täglichen Bedarfs; dabei ist die Lage im Osten des Landes deutlich schlechter als in der Westukraine. Während sich die Situation in der Ukraine jedoch insgesamt im Vergleich zum Vorjahr geringfügig verbessert hat, ist für Polen abermals eine Verschärfung zu konstatieren: 63% der Bevölkerung klagen über finanzielle Engpässe. Dagegen kommt in Russland mittlerweile jeder Zweite mit seinen Mitteln aus; die Zahl der privaten Haushalte mit finanziellen Defiziten ist seit 1999 um ein Fünftel zurückgegangen.

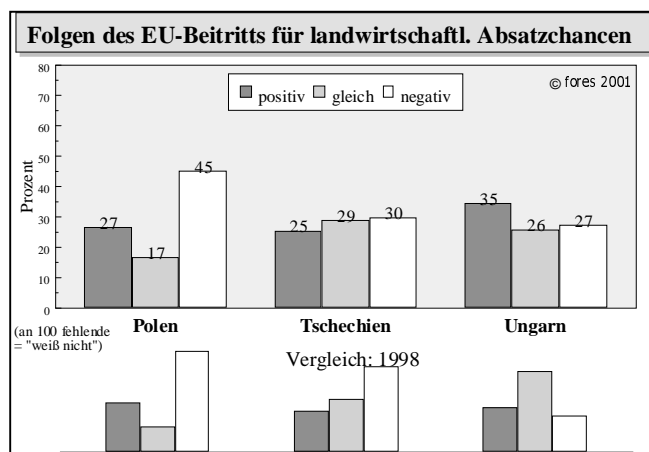
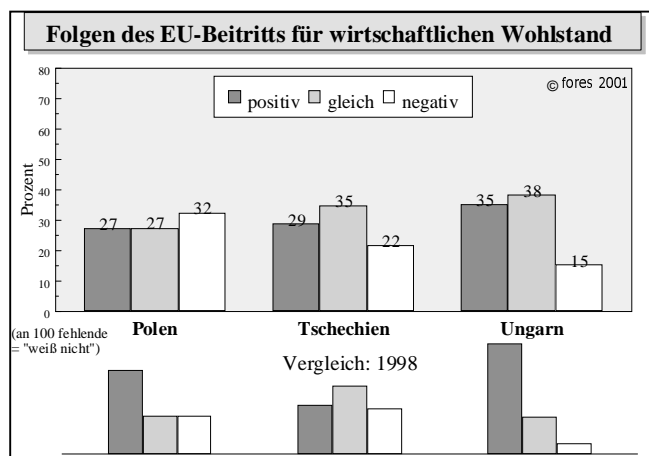


Positive Einstellungen zur EU

Die Bevölkerung in den Kandidatenländern Polen, Tschechien und Ungarn hält mehrheitlich am Beitritt zur Europäischen Union fest: am stärksten ist die Unterstützung in Ungarn, wo mehr als drei Viertel der Befragten für die Aufnahme plädieren. In Polen und Tschechien sprechen sich gut jeder Zweite bzw. zwei Drittel der Bevölkerung für den Beitritt aus. Der Trend einer zunehmenden Euro-Skepsis in den letzten drei Jahren hat sich wieder umgekehrt: trotz aller Kontroversen unterstützen mehr Polen die Aufnahmeverhandlungen als im vergangenen Jahr. In allen Ländern plädiert die Bevölkerung aber für ein sorgfältiges Vorgehen: die Verhandlungsergebnisse sind wichtiger als der Termin des Beitritts. Vor allem die jüngere Generation sowie Hochschulabsolventen sind einer Mitgliedschaft in der EU überdurchschnittlich stark zugeneigt.



Innerhalb der letzten drei Jahre ist allerdings die anfängliche Euphorie der Ernüchterung gewichen: versprachen sich 1998 die Polen und Ungarn von der EU-Mitgliedschaft mehrheitlich einen spürbaren Anstieg des *gesamtwirtschaftlichen Wohlstands*, so gehen die Menschen in Tschechien und Ungarn in diesem Jahr eher von gleichbleibenden Verhältnissen aus. Dennoch blicken insgesamt zwischen einem Viertel und einem Drittel der Bevölkerung nach wie vor optimistisch in die Zukunft. Lediglich in Polen rechnet jeder Dritte mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage als Folge des Beitritts; dabei verwundert es nicht, dass vor allem die *Landwirtschaft* der polnischen Bevölkerung Anlass zur Sorge bietet: fast jeder Zweite befürchtet, dass sich der Absatz von Agrarprodukten nach dem Beitritt zur EU noch weiter verschlechtern wird. In Ungarn erwartet eine knappe Mehrheit positive Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die landwirtschaftlichen Absatzmöglichkeiten, während die tschechische Bevölkerung kaum mit nennenswerten Folgen für den volkswirtschaftlich nahezu unbedeutenden Agrarsektor rechnet.



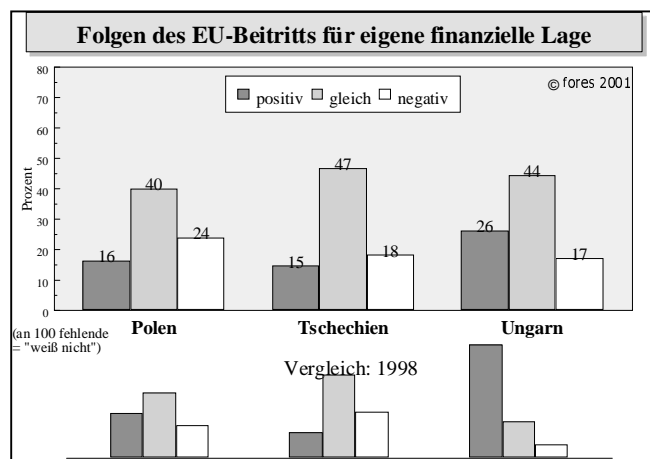
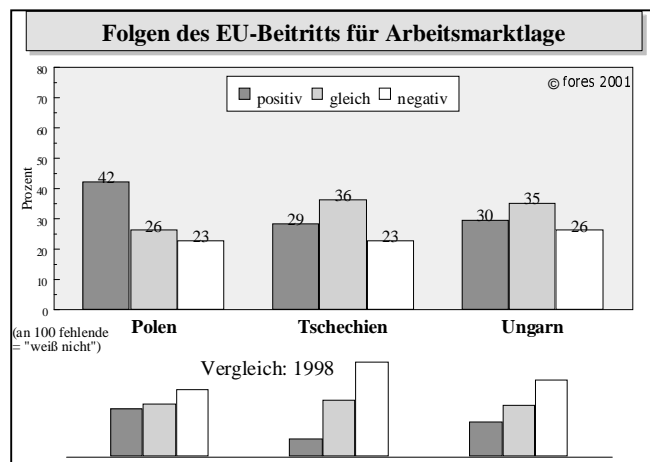
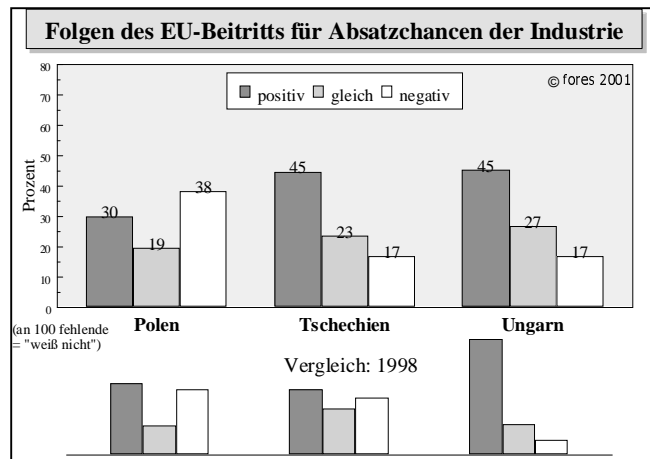
Hingegen verspricht sich die Mehrheit der tschechischen wie der ungarischen Bevölkerung von der EU-Mitgliedschaft eine Verbesserung der Absatzchancen für die heimische *Industrie*;

verglichen mit 1998 lässt sich für Tschechien ein wachsender und für Ungarn ein leicht rückläufiger Optimismus konstatieren. Dagegen überwiegen in Polen mittlerweile die pessimistischen Einschätzungen: 38% befürchten, dass der EU-Beitritt sich auch auf den industriellen Absatzmarkt eher nachteilig auswirken wird.

Obwohl die Polen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem gemeinsamen europäischen Markt eher negativ einschätzen, fallen andere Erwartungen an die EU-Mitgliedschaft positiver aus: 42% der Polen rechnen mit rückläufigen *Arbeitslosenzahlen* - 1998 war nur jeder Vierte dieser Ansicht, und jeder Dritte befürchtete eine Verschärfung der Arbeitsmarktlage als Folge des EU-Beitritts. Auch in Tschechien und Ungarn dominierten vor drei Jahren die Ängste vor einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen; heute dagegen erwarten die meisten Befragten weder einen merklich positiven noch negativen Einfluss auf den Arbeitsmarkt.

In Ungarn konnte die Arbeitslosigkeit faktisch deutlich gesenkt werden; zudem erwiesen sich Industrie und Agrarsektor in der jüngeren Vergangenheit als zunehmend international wettbewerbsfähig. In Tschechien spielte die Arbeitslosigkeit zunächst nur eine untergeordnete Rolle; Sorgen um die Arbeitsmarktlage sind in der Bevölkerung zwar seit Ende der 90er Jahre weit verbreitet, werden aber nicht mit dem EU-Beitritt in Verbindung gebracht. Polen dagegen kämpft seit Jahren gegen hohe Arbeitslosenquoten, die das Doppelte der tschechischen oder ungarischen Werte erreichen. Zudem setzen vor allem Befragte mit schlechten Arbeitsmarktchancen - ältere Arbeitnehmer zwischen 45 und 59 Jahren, mit niedrigem Bildungsgrad und/oder geringem Einkommen - auf einen positiven EU-Effekt; in dieser Bevölkerungsgruppe erreicht die Arbeitslosenquote bereits jetzt rund 30%. Allerdings würden diejenigen Mitglieder dieser Gruppe, die ihren Arbeitsplatz bislang sichern konnten, auch am ehesten von einem Beitritt profitieren, sollte es tatsächlich zur kontrovers diskutierten Migration in benachbarte EU-Länder (und damit zu einer Entlastung des polnischen Arbeitsmarktes) kommen.

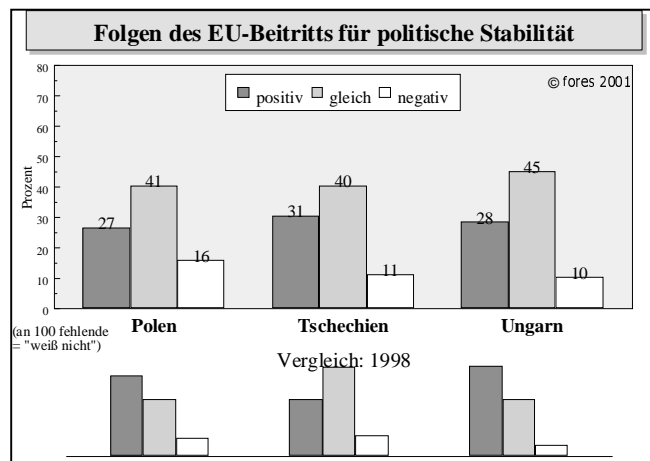
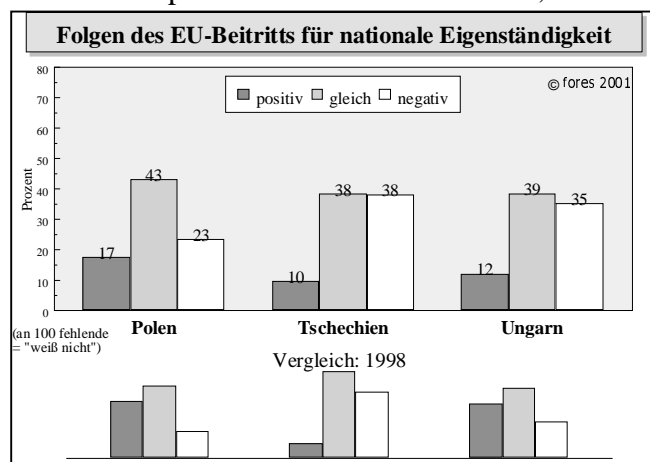
Nicht nur die gesamtwirtschaftliche, sondern auch die eigene finanzielle Entwicklung nach der Aufnahme in die EU wird von der ungarischen Bevölkerung in diesem Jahr weniger positiv eingeschätzt



als 1998. Zwar glaubt noch gut jeder Vierte - und damit deutlich mehr Befragte als in Polen oder Tschechien -, seine eigene Finanzlage werde sich infolge des Beitritts verbessern; vor drei Jahren waren davon allerdings noch 56% der Bevölkerung überzeugt. Die überwiegende Mehrheit erwartet heutzutage in dieser Hinsicht keine nennenswerte Veränderung mehr. Auch in Polen haben sich die Erwartungen abgekühlt: ob aus Gründen der hohen Arbeitslosigkeit oder der sinkenden Reallöhne - mehr Menschen als 1998 glauben, der Beitritt werde sich kaum auf die eigene finanzielle Lage auswirken, und auch der Anteil derjenigen mit pessimistischen Aussichten ist um die Hälfte gestiegen. Lediglich in Tschechien sind die Einschätzungen im Zeitvergleich nahezu unverändert: jeder Zweite erwartet überhaupt keine Veränderung, und die geringen Anteile an Optimisten und Pessimisten halten sich die Waage.

In der Frage der politischen Entwicklung nach Aufnahme in die Europäische Union befürchten nicht wenige Menschen in den mittelosteuropäischen Kandidatenländern, die Abhängigkeit von Brüssel könne die nationale Eigenständigkeit einschränken. Am geringsten sind diese Ängste in Polen, am stärksten in Tschechien ausgeprägt.

An dieser Rangordnung hat sich auch im Vergleich zu 1998 wenig geändert, wengleich die Besorgnis im Zeitverlauf in allen Ländern leicht zugenommen hat. Vor allem in Tschechien und Ungarn ist die Sorge um die nationale Eigenständigkeit infolge des EU-Beitritts ausgeprägt. Allerdings ist die Zahl derer, die glauben, die EU-Mitgliedschaft wirke sich nur unwesentlich auf die Souveränität ihres Landes aus, nicht minder groß. Während in Tschechien die Furcht vor Fremdeinflüssen traditionell stark ausgeprägt ist, ist die Sorge um eine Bevormundung durch Brüssel in Ungarn erst in jüngster Zeit gewachsen: möglicherweise macht sich hier die Vielzahl politischer und rechtlicher Anpassungen an europäische Standards bemerkbar, die in kürzester Zeit vollzogen wurden. Für Kontroversen sorgte nicht zuletzt das so genannte ‚Status-Gesetz‘, das die Auswirkungen des Schengener Abkommens für die Auslandsungarn abfedern sollte und sowohl beim rumänischen Nachbarn wie auch in der EU Kritik hervorrief. In Polen sorgt sich nur knapp jeder Vierte um die Eigenständigkeit des Landes; 43% glauben, der Beitritt werde diese kaum beeinträchtigen, und 17% erwarten eher positive Auswirkungen.



Auf der anderen Seite glauben nur wenige Befragte, der EU-Beitritt könne sich nachteilig auf die politische Stabilität des Kandidatenlandes auswirken. Die Mehrheit der Befragten erwartet keine spürbaren Auswirkungen. Zwischen gut einem Viertel und einem knappen Drittel bewegen sich die Anteile derer, die auch weiterhin eine Stabilisierung der politischen Lage

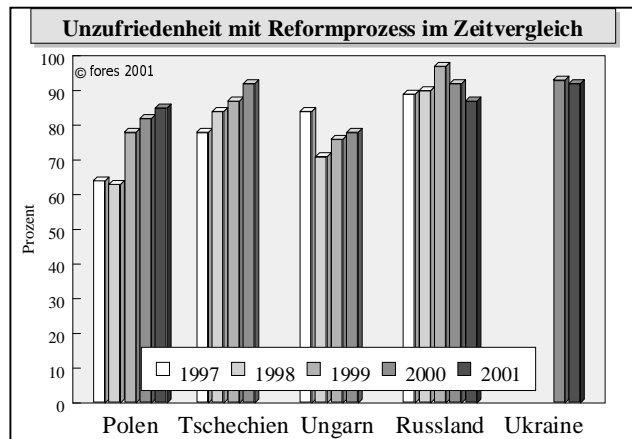
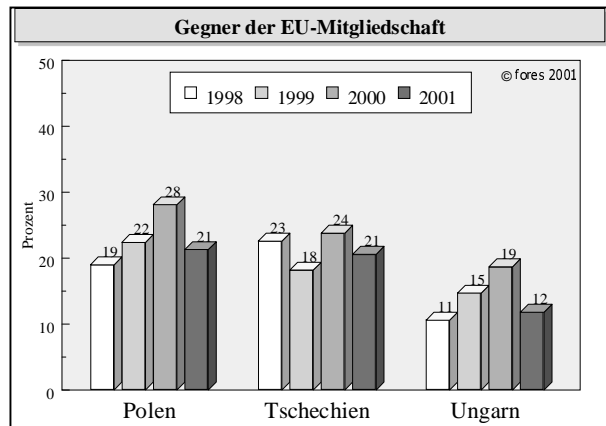
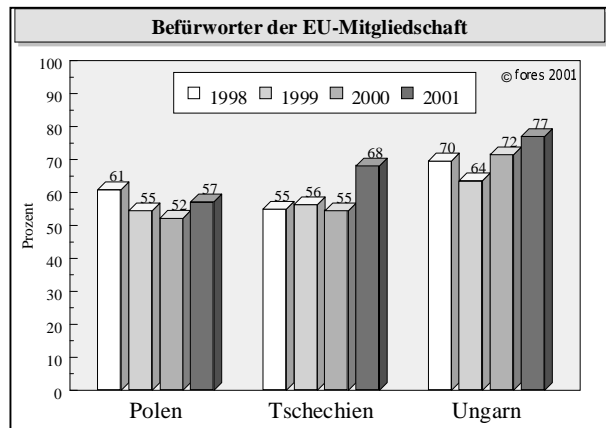
infolge des Beitritts für wahrscheinlich halten; allerdings sind diese Anteile innerhalb der letzten Jahre in Polen und Ungarn deutlich gesunken.

Insgesamt sprechen die Indikatoren in allen drei Ländern für eine deutliche Unterstützung der Beitrittsbemühungen seitens der Bevölkerung. Im Zeitvergleich lässt sich ein zahlenmäßiger Anstieg der Befürworter der EU-Mitgliedschaft bei gleichzeitigem Rückgang der EU-Gegner erkennen. Den Rückhalt kann vor allem die polnische Regierung gebrauchen: von den 31 Verhandlungskapiteln mit der EU konnten erst 17 geschlossen werden, während Tschechien bereits 19 und Ungarn 22 Kapitel erfolgreich zum Abschluss gebracht haben.

Unzufriedenheit mit Reformen

Auch im Jahr 2001 überwiegt in Mittel- und Osteuropa die *Unzufriedenheit mit den Reformmaßnahmen*. Während in Polen die Zahl der Kritiker in den letzten Jahren stetig wächst, stagniert sie in der Ukraine - schließlich konnten unter dem inzwischen abgesetzten Premier Juschtschenko erstmals ein Wirtschaftswachstum erzielt und Reformen gegen Oligarcheninteressen durchgesetzt werden. In Russland ist sogar ein Stimmungsumschwung erkennbar, der wohl untrennbar mit dem ‚Faktor Putin‘ verbunden ist: zwar sind die Reformmaßnahmen bislang nur ansatzweise umgesetzt worden, doch konnte sich der russische Präsident als ‚Mann der Tat‘ etablieren, der die „Diktatur des Gesetzes“ umzusetzen versteht.

In Russland und in der Ukraine, aber auch in Polen beklagen die Menschen, dass der Reformprozess zu schnell verläuft - die Mehrheit der Bevölkerung plädiert für einen langsameren, sozial abgefederten Wandel. Obwohl sie die Marktwirtschaft grundsätzlich befürworten, leiden die Menschen unter den schmerzlichen Einschnitten, die die Transformation mit sich bringt. Die finanziellen Sorgen und die weit verbreitete Angst vor Arbeitslosigkeit führen dazu, dass rund drei Viertel der Befragten in Polen, Russland und in der Ukraine die Marktwirtschaft als derart kompliziert und verunsichernd empfinden, dass sie Angst vor der Zukunft bekommen; in Polen ist dieser Prozentsatz seit 1997 (57%) stetig gestiegen, während er in Russland auf hohem Niveau stagnierte.



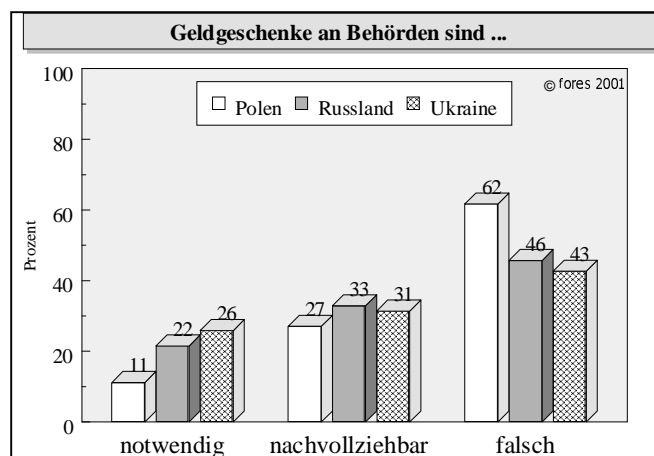
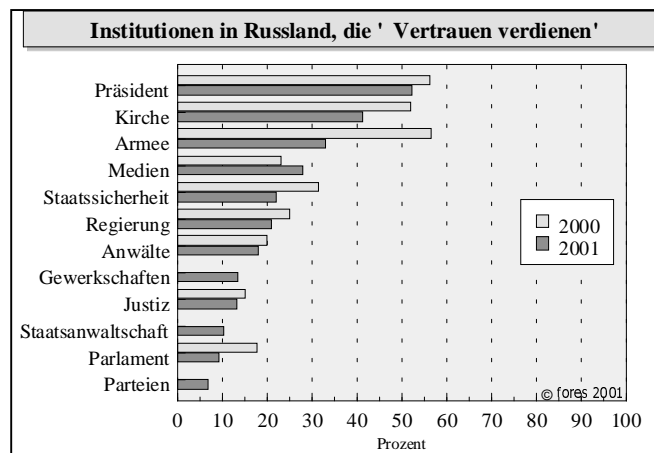
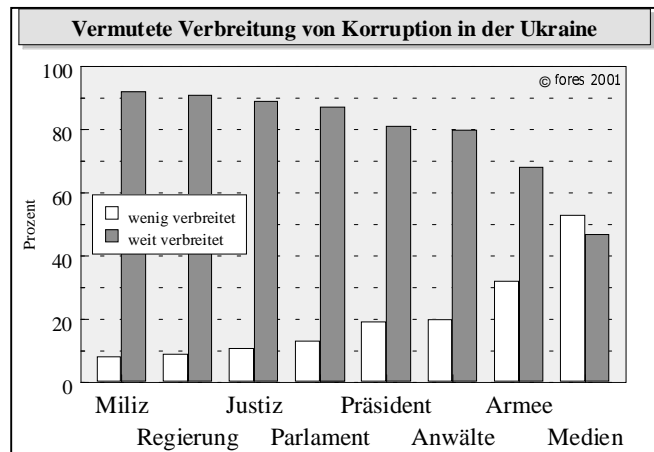
Gleichzeitig erlebt die Masse der Bevölkerung, dass sich einige reiche Mitbürger ein Luxusleben leisten können, was 58% der Polen und 73% der Russen als nur schwer erträglich empfinden. Mittlerweile fordern zwei Drittel der polnischen und 85% der russischen Bevölkerung, man solle die staatliche Preiskontrolle wieder einführen. Die meisten Menschen sind zudem davon überzeugt, dass von der Marktwirtschaft sowieso nur die alte Nomenklatura profitiert. In Russland denken dies mittlerweile zwar etwas weniger, aber immer noch gut zwei Drittel der Befragten. In Polen hat die Zahl derer, die diese Meinung vertreten, zugenommen (1998: 39%; 2001: 54%). In der Ukraine glauben dies sogar drei Viertel der Bevölkerung.

Korruption als gesamtgesellschaftliches Problem

Nicht zuletzt die weit verbreitete *Korruption*, die in zahlreichen medienwirksamen Skandalen wohl nur die Spitze eines Eisberges erkennen lässt, und die Verstrickung von Politikern in illegale Machenschaften verursachen eine massive Enttäuschung über die osteuropäische Variante der Marktwirtschaft. Die ukrainische Bevölkerung vermutet in nahezu allen politischen Institutionen ein hohes Maß an Korruption, am stärksten in der Miliz, der Regierung, der Justiz und im Parlament. In Russland können lediglich der Präsident, die Kirche, die Armee, die Medien und der Staatssicherheitsdienst auf das *Vertrauen* der Bevölkerung setzen; den übrigen Institutionen, z.B. der Regierung, der Justiz oder dem Parlament, begegnet die Mehrheit der Menschen eher mit Misstrauen. Die Armee verzeichnet einen deutlichen Vertrauensverlust, der nicht zuletzt auf die Affäre um das gesunkene U-Boot Kursk zurückzuführen sein dürfte.

Die Menschen erleben Korruption aber nicht nur als nahezu allgegenwärtigen und verwerflichen Bestandteil von Politik und gesellschaftlichen Institutionen. Neben persönlicher Bereicherung und Amtsmissbrauch im großen Stil und auf höherer Ebene existiert die alltägliche

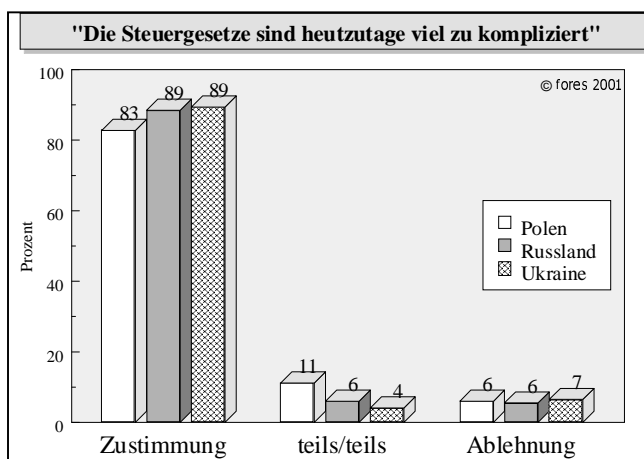
„kleine“ Korruption, von der viele glauben, dass man ohne sie nicht auskommt. Dementsprechend hält es in Russland und in der Ukraine nicht einmal jeder Zweite für falsch, Beamte zu



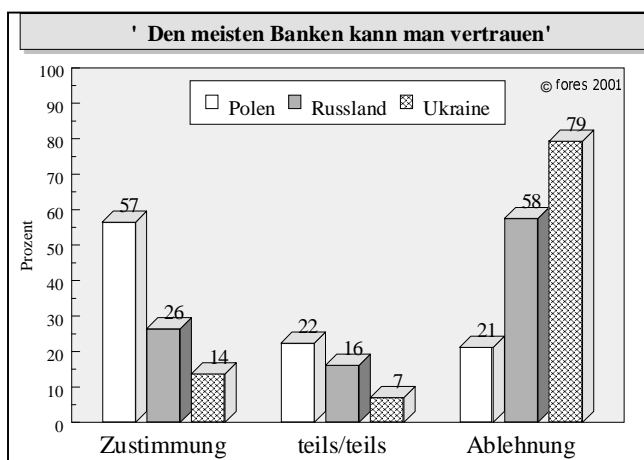
bestechen, um behördliche Vorgänge zu beschleunigen. Die Mehrheit der Befragten bezeichnet dieses Verhalten als notwendig oder zumindest nachvollziehbar. In Polen dagegen lehnen fast zwei Drittel der Bevölkerung diese Praxis als ungesetzlich und falsch ab. Allerdings glauben nur 46% der polnischen Bevölkerung, die Höhe des Einkommens werde in erster Linie durch die eigene Leistung bestimmt; 40% halten die ‚richtigen Beziehungen‘ für entscheidend und 15% die Bereitschaft, Gesetze zu übertreten. In Russland vertraut sogar nur jeder Dritte auf die eigene Leistung; gleich viele sehen in Beziehungen oder in krimineller Energie die wichtigste Einkommensdeterminante.

Kritik am Steuersystem, schlechte Steuermoral und wenig Vertrauen in das Bankwesen

Eine hohe Unzufriedenheit kennzeichnet auch die Situation der *Steuermoralität* und *Steuermoral* in Mittel- und Osteuropa. Deutliche Kritik an der Höhe der Steuerlast wird zwar nur in der Ukraine laut, während in Polen und Russland etwa gleich viele Befragte die Belastung als zu hoch bzw. als angemessen bewerten. Allerdings empfinden 83% der Polen und 89% der Russen und Ukrainer die Steuergesetze als zu kompliziert. Das zudem als ungerecht wahrgenommene Steuersystem wirkt sich nachteilig auf die Steuermoral aus: 53% der Russen und 60% der Ukrainer glauben, dass man angesichts der Ungerechtigkeit Steuerhinterziehung nicht mehr als unmoralisch bewerten könne. In Polen stimmen dem nur 38% zu, während jeder Dritte gegenteiliger Ansicht ist. Aus dem gleichen Grund herrscht in allen drei Ländern ein hohes Maß an Verständnis für Schwarzarbeit: knapp zwei Drittel der ukrainischen Bevölkerung, 63% in Polen und gut jeder Zweite in Russland ist der Meinung, man solle Schwarzarbeit angesichts der steuerlichen Situation nicht bestrafen.



Das allgemeine Vertrauen in Geldinstitute weist deutliche länderspezifische Unterschiede auf. Angesichts der russischen Finanzkrise von 1998, verbunden mit einem umfassenden Bankensterben, kann es nicht verwundern, dass lediglich jeder vierte Russe meint, den meisten Banken und Geldinstituten könne man Vertrauen entgegenbringen; in der Ukraine ist sogar nur jeder Siebte dieser Ansicht. Allerdings bekunden 57% der Polen ein generelles Vertrauen in Banken. Doch würden sich 55% der Polen im konkreten Falle einer Kreditaufnahme zunächst an Verwandte wenden; weitere 16% würden Freunde oder Bekannte fragen. Lediglich 24% äußern, sie würden sich an eine staatliche Bank wenden. Nur 3% würden einen größeren Geldbetrag bei einer privaten Bank leihen.



Ausgewählte wirtschaftliche Indikatoren

		1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bruttoinlands- produkt	Polen	6,8	4,8	4,1	4	2	4
	Tschechien	1	-2,2	-1,5	2,9	3,5	3,5
	Ungarn	4,6	4,9	4,5	5,2	4,8	5
	Russland	0,9	-4,7	3,2	7,5	5	4
	Ukraine	-3	-1,7	-0,4	6	4	6
Inflation	Polen	14,9	11,8	7,3	10,1	8	6
	Tschechien	8,5	10,7	2,1	3,9	4,4	3,5
	Ungarn	18,3	14,3	10	9,8	9	6,5
	Russland	14,8	27,6	85,7	21	20	15
	Ukraine	15,9	10,6	22,7	28,2	20	20
Arbeits- losigkeit	Polen	10,3	10,4	13	15	16,5	17,5
	Tschechien	5,2	7,5	9,4	8,8	9,4	9,8
	Ungarn	11	7,8	7	6,4	5,9	5,9
	Russland	11,2	13,3	12,2	9,6	9	10
	Ukraine	2,3	3,7	4,3	4,2	5	6
Investitionen (in Mrd. US-\$)	Polen	14,6	22,5	26,1	32,0	39,0	-
	Tschechien	9,2	14,4	17,6	21,1	25,0	-
	Ungarn	16,1	18,5	19,3	19,9	22,0	-
	Russland	11,4	14,2	17,5	20,2	23,0	-
	Ukraine	1,9	2,7	3,2	3,8	4,5	-
Staatshaushalt (in % des BIP)	Polen	-1,3	-2,4	-2,0	-2,3	-2,6	-
	Tschechien	-0,9	-1,6	-1,6	-2,4	-	-
	Ungarn	-4,0	-5,5	-3,0	-2,9	-	-
	Russland	-3,8	-5,4	-1,1	2,5	-	-
	Ukraine	-6,6	-1,9	-1,3	1,1	-3,0	-
Zahlungs- bilanz (in Mrd. □)	Polen	-14,7	-16,4	-17,4	-18,7	-	-
	Tschechien	-4,1	-2,2	-1,7	-3,5	-	-
	Ungarn	-1,9	-2,4	-2,8	-4,3	-	-
	Russland	12,9	13,2	32,7	66,0	-	-
	Ukraine	-2,6	-1,8	-0,3	0,7	-	-

(Alle Angaben in Prozent soweit nicht anders vermerkt; 2001 und 2002 = Prognosen)

Die empirische Studie, deren Ergebnisse hier zusammengefasst wurden, basiert auf repräsentativen Umfragen, die in Polen, Tschechien, Ungarn und der Ukraine mit jeweils ca. 1.000, in Russland mit ca. 2.400 Befragten im März 2001 durchgeführt wurden.

Eine ausführliche Darstellung ist erhältlich unter

Wolfgang Franzen, Hans Peter Haarland, Hans-Joachim Niessen:
Transformationsbarometer Osteuropa 2001.

Schriftenreihe der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V., Band 6
Frankfurt/Main, New York, Campus Verlag 2001; 191 Seiten

Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V. ❖ Klosterstr. 1 ❖ D-50931 Köln
Tel. 0221/40 26 48 ❖ Fax 0221/40 70 95
e-mail: fores@uni-koeln.de ❖ internet: www.uni-koeln.de/extern/fores/